



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 84884 - 83  
Fernschreiber 0686890

P/XIII/149 - 7. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Entscheidung von Nordrhein-Westfalen Die Sozialdemokratie bleibt auf der Wacht	90
3	Informationskongress der französischen Sozialisten SFIO vor schwierigen Problemen	52
4 - 5	Blick auf Rheinland-Pfalz Parlamentarische Untersuchung gegen den Finanzminister	74
5 - 7	Aus Japan zurück Erste Berichte der hessischen Delegation	67

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Die Entscheidung von Nordrhein-Westfalen

sp - In dem neuen Landtag in Düsseldorf sind nur drei Parteien vertreten. Von ihnen besitzt die CDU als Ergebnis der sonntägigen Wahlen im grössten Land der Bundesrepublik mit 104 von 200 Mandaten eine knappe Mehrheit. Die Sozialdemokraten ziehen mit 81 Mandaten, im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen 1954 um fünf Sitze verstärkt, in den Landtag ein, ihr bisheriger Koalitionspartner, die FDP, muss sich mit 15 Sitzen begnügen, zehn weniger als 1954. Das Zentrum, das vor vier Jahren immerhin noch über neun Sitze verfügte, ist, wie erwartet, von der parlamentarischen Bildfläche verschwunden, auch die übrigen Parteien blieben auf der Strecke, sie hatten von vornherein keine Aussicht.

Für die Landespolitik ist das Ergebnis klar, die bisherige Regierung Steinhoff/Weyer, die vor zwei Jahren auf Grund eines Misstrauensvotums das damalige Kabinett Arnold ablöste, findet im neuen Landtag keine parlamentarische Basis mehr. Für die Landespolitik ist das zu bedauern. Die Koalition Steinhoff/Weyer hat an Rhein und Ruhr gute Arbeit geleistet. Sie erhielt dem grössten Industrieland der Bundesrepublik den Arbeitsfrieden, stand anteilmässig im sozialen Wohnungsbau an der Spitze aller Länder, widmete ihre besondere Aufmerksamkeit der Förderung von Wissenschaft und Forschung, führte erappenweise die Schulgeldfreiheit ein und schloss Verträge mit der katholischen und den evangelischen Kirchen ab, die die Beziehungen zwischen Staat und Kirchen auf eine neue beiderseitige befriedigende Grundlage stellt. Dabei stand die Regierung Steinhoff am Anfang ihres dem Wohle des ganzen Volkes dienenden Aufbauwerkes. Als machtvolle Opposition wird sie nun darauf zu achten haben, dass ihr Werk, an dem sie so erfolgreich arbeitete, durch eine neue CDU-Regierung nicht zerstört wird.

Die Sozialdemokratie hat sich gut geschlagen. Erstmals erreichte sie in diesem Lande fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Sie erhielt im Vergleich zur Bundestagswahl rund 130 000 Stimmen mehr, wogegen die CDU 800 000 Stimmen verlor. Ein 15. September hat sich nicht wiederholt, der Schwung der CDU ist gebrochen, erhielt sie bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch 54,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen, so muss sie sich diesmal mit 50,5 Prozent begnügen. Die Schere zwischen Regierung und Opposition auf Bundesebene wurde in Nordrhein-Westfalen verringert. Die aus SPD und FDP bestehende Opposition, die 1957 weit unter der 40-Prozent-Grenze in Nordrhein-Westfalen lag, vermochte diesmal über 46 Prozent, also nur vier Prozent weniger als die CDU auf sich zu vereinigen. Der Löwenanteil dieses Stimmenzuwachses im Vergleich zu 1957 entfiel auf die Sozialdemokratie, wogegen die FDP fast stagniert.

Daraus ergibt sich: Die künftigen Auseinandersetzungen in der deutschen Politik werden zwischen SPD und CDU ausgetragen werden. Auf die Sozialdemokratie konzentrieren sich in steigendem Masse die Hoffnungen aller geistig beweglichen Schichten unseres Volkes, die nicht wollen, dass die Bundesrepublik in Fragen der Wiedervereinigung stagniert oder zu einer Staatsform nach dem Muster Salazars und Francos erstarbt. Wenn auch die CDU mit 800 000 Stimmen im Vergleich zu 1957 weit im Rückstand ist, so ist deshalb die Gefahr der Gleichschaltung nicht geringer geworden. Im Bundesrat besitzt die Kanzlerpartei nunmehr eine Zwei-Drittel-Mehrheit, von der sie nach allen Aussparungen, die von CDU-Seite in diesem Wahlkampf gefallen sind, rücksichtslos Gebrauch machen dürfte.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wurden von der CDU und mit Adenauer an der Spitze als eine Kraftprobe für den Bund geführt. Die CDU setzte alle ihre Überlegenen materiellen Mittel und Kampftruppen ein, um eine Entscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen. Sie verniedlichte ihre, die Existenz des deutschen Volkes bedrohende Atombockbespolitik und versuchte den Eindruck zu erwecken, dass auch sie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung wolle und es aus diesem Grunde mit der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen nicht so eilig habe. Das mag viele Wähler, die Gegner einer deutschen Beteiligung am atomaren Rüstungswettlauf sind, irreführt haben. Dennoch gelang der SPD ein grosser Schritt zur Spaltung breiter Schichten der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens für ihre Forderungen zur Fortsetzung des friedlichen Aufbaus und zur Sicherung stabiler Lebensverhältnisse für die schaffenden Menschen aller Stände. Die Methoden der Verleumdung und Diffamierung, mit denen von CDU-Seite dieser Wahlkampf geführt wurde, gehören nicht zu den Ruhmesblättern der jungen deutschen Demokratie, sie sind eher geeignet, das Vertrauen in diese Demokratie zu zerstören.

Die deutsche Sozialdemokratie geht, wenn sie auch nicht im Lande an Rhein und Ruhr am Ziel ihrer Wünsche anlangt, nämlich die Regierung Steinhoff/Weyer für weitere vier Jahre bestätigt zu sehen, innerlich gestärkt aus diesem Ringen hervor. Sie hat am Sonntag die als unüberwindlich geltende Barriere der Ein-Drittel-Grenze weit übersprungen, und dies in einem Lande, das in der Geschichte der Sozialdemokratie zu dem am schwersten zu bearbeitenden Boden gehörte. Schlecht wäre die Regierung beraten, aus diesem Wahlergebnis, das der CDU in Düsseldorf nur eine dünne Mehrheit brachte, einen Freibrief abzulesen, der ihr gestattet, uneingeschränkt zu tun, was sie will. Die Sozialdemokratie bleibt als ein getreuer Eckehard einer freiheitlichen und sozial gesunden Demokratie auf der Wacht, sie wird alle ihre Energien und ihre ganze Kraft auf die Abwehr von Gefahren konzentrieren, die als Resultat des 6. Juli 1958 verstärkt auf uns zukommen mögen.

### Informationskongress der französischen Sozialisten

G.M. Die Beteiligung sozialistischer Minister an der Regierung de Gaulle ist an der Sozialistischen Partei Frankreichs nicht spurlos vorübergegangen, zumal die "demokratische Substanz" des Übergangssystems von der Vierten zur Fünften Republik noch nicht klar übersehen werden kann. Um die Parteibezirke zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, den im September stattfindenden Nationalkongress gewissenhaft vorbereiten zu können, hatte der Vorstand am vergangenen Sonntag eine Konferenz nach dem Pariser Vorort Issy-les-Moulineaux einberufen. Hier stellte der Staatsminister und Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, fest, dass er, der Saharaminister Max Lejeune und der Postminister Eugène Thomas nicht als Beauftragte der Partei, sondern "à titre personnel" in der Regierung de Gaulle tätig seien.

Die Konferenz hatte keine Beschlüsse zu fassen, sie diente nur der Information. Zahlreiche Redner - unter ihnen der frühere Algerienminister Lacoste, der kurz vor der letzten Regierungskrise noch einmal als Innenminister berufene Jules Moch, der frühere Ausserminister Pinson - bestätigten in ihren Analysen der nach dem 13. Mai entstandenen Situation, dass Frankreich wahrscheinlich in einen Bürgerkrieg hineingerissen worden wäre, wenn Staatspräsident Coty nicht de Gaulle berufen hätte. Ein grosser Teil der Armee und der Verwaltung sei zersetzt gewesen und habe nicht mehr den Anordnungen der legalen Regierung Folge geleistet. Diese mehrfach auf dem Informationskongress getroffenen Feststellungen veranlassten natürlich andere Redner zu der Frage, wie eine solche Entwicklung möglich gewesen wäre, nachdem seit Jahren sozialistische Minister entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Staatsapparates und der Armeeführung gehabt hätten.

Als aktuelles Problem steht vor der Partei der Inhalt der neuen Verfassung und die Lösung der Algerienfrage. Der endgültige Text einer neuen Verfassung ist noch nicht fertiggestellt, so dass hierüber erst später entschieden werden kann. Unwiderrprochen blieb die von Mollet aufgestellte These, dass Frankreich weder Algerien aufgeben noch das Algerienproblem militärisch lösen könne. Voraussetzung für eine politische Lösung sei aber die Gleichstellung der muslimischen mit der europäischen Bevölkerung Algeriens. Unwiderrprochen blieb auch die von dem früheren Ausserminister Pinson getroffene Feststellung, dass etwa 800 Milliarden Francs notwendig wären, um in Algerien die volle soziale und ökonomische Gleichberechtigung aller Einwohner einzuführen. Ein anderer Delegierter sagte hierzu, die Einführung der Gleichberechtigung in Algerien würde die Reduzierung des Lebensstandards der Franzosen im Mutterland um etwa 30 Prozent bedeuten.

Als bemerkenswert an dem Informationskongress muss festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Redner ihren Willen betonte, unter allen Umständen die Einheit der Partei zu erhalten. Mit dieser Forderung trat besonders der frühere Informationsminister Gazier hervor; er fand den einstimmigen Beifall des Kongresses (G. hat gegen die Investitur de Gaulles gestimmt).

Die Sozialistische Partei Frankreichs steht jetzt vor der schwierigen Aufgabe, das demokratische Element im "Expériment de Gaulle" zu stärken und auf diese Weise einen Beitrag zur Erhaltung der französischen Demokratie zu leisten. Ob ihr die Bewältigung dieser grossen Aufgabe gelingt, hängt sicher von ihrer Fähigkeit ab, demokratische Kräfte auch ausserhalb der Partei zu aktivieren.

Blick auf Rheinland Pfalz

-güp-Mainz

Mit seiner Ausgabe vom 11. Juni 1958 hat das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt einen Wirbel ausgelöst, der sofort alle Charakterzüge eines politischen Skandals trug und sich auch inzwischen zu einem solchen ausgeweitet hat. Unter der Überschrift "Nowack - läßt sich nicht verkommen" wurden massive Vorwürfe gegen den Finanzminister des Landes und zeitweiligen stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden, Dr. Wilhelm Nowack, erhoben, der in seiner Eigenschaft als Treuhänder des Landes bei der bekannten Frankenthaler Schnellpressen-Fabrik seine Stellung als Aufsichtsratsvorsitzender mißbraucht habe, um sich selbst in den Besitz eines gewinntragenden Aktienpaketes zu bringen, das Dr. Nowack inzwischen 60.000 DM Profit eingebracht habe.

Am 27. Juni 1958 trat nun der "Fall Nowack" in ein akutes Stadium. Die SPD-Landtagsfraktion beschloß nach eingehender Beratung, dem Landtag einen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zuzuleiten, der feststellen soll, ob Dr. Nowack seine amtliche Stellung als Finanzminister des Landes dazu benutzt hat, sich persönliche Vorteile zu verschaffen oder gebotene Vorteile auszunutzen. Die von der SPD geforderte Untersuchung soll sich jedoch nicht allein auf das Verhalten Dr. Nowacks zur Frankenthaler Schnellpressen-Fabrik beziehen, sondern seine gesamte Tätigkeit als Minister umfassen. Drei CDU-, zwei SPD- und ein FDP-Abgeordneter sollen - dem Stärkeverhältnis der Fraktionen entsprechend - dem Untersuchungsausschuß angehören. Die Landesregierung kann nicht umhin, diesem Ersuchen stattzugeben, weil die gesetzlichen Vorschriften als Voraussetzung lediglich 20 Unterschriften hierfür vorsehen.

Der rheinlandpfälzische Finanzminister ist seit Jahren Treuhänder des Landes (und damit der Steuerzahler) bei der Schnellpressen-Fabrik in Frankenthal/Pfalz, die hochwertige Druckmaschinen zu 60 % für den Export nach Übersee herstellt und deren Aktien das Land zu drei Vierteln besitzt. Die Frankenthaler Schnellpressen-Fabrik, eine der bekanntesten ihrer Art in der Welt, war bis 1934 in Privatbesitz. Dann geriet sie in

Zahlungsschwierigkeiten und wurde von einer Auffanggesellschaft der NS-Gauleitung übernommen.

Als Vorsitzender des Aufsichtsrats kamen Dr. Nowack natürlich Informationen über den Wechsel von Aktienbesitz frühzeitiger als irgendwelchen anderen Interessenten zu Ohren. Und so erwarb er 1954 von einem scheidenden Direktor des Werkes dessen Wertpapierbündel im Nennwert von 3.000 DM zum Preis von 15.000 DM. Mit der gerade einsetzenden Hochkonjunktur sollten die Aktien dem Minister für Finanzen bald ansehnlichen Gewinn bringen. Das war beispielsweise, als das Aktienkapital der Schnellpressen-Fabrik durch Auflösung von Reserven und Ausgabe von Gratisaktien von 1,5 auf 4,5 Millionen DM erhöht wurde. Im gleichen Verhältnis von 1:3 stieg auch der Nennwert von Nowacks Aktienbündel. Also auf 27.000 DM. Derlei Vermögensvermehrung eines privaten Aktionärs geht nun für gewöhnlich nicht ohne Zugriff des Finanzamtes vor sich. Das war auch diesmal der Fall. Nur daß die Kapitalertragssteuer nicht von den Aktienbesitzern - also von Dr. Nowack - sondern vom Werk gezahlt wurde. An den erforderlichen Gesellschafter- und Aufsichtsratsbeschlüssen soll Dr. Nowack entsprechend beteiligt gewesen sein.

Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) soll an seinem aktienfreundlichen Finanzminister zwar schon ziemlich frühzeitig Anstoß genommen haben, doch wurde nichts von etwaigen Konsequenzen bekannt. Auch nicht, nachdem die SPD-Landtagsfraktion wenige Tage nach dem Erscheinen des "Spiegel"-Artikels Aufklärung über die darin enthaltenen Vorwürfe verlangt hatte. Im Gegenteil, Dr. Nowack hatte seinen sicherlich wohlverdienten Urlaub an der nordäner französischen Riviera angetreten. Landesvorstand und Landtagsfraktion seiner Partei sprachen ihm in Abwesenheit "ihr vollstes Vertrauen" aus. Dr. Nowack hatte allerdings inzwischen auf Anraten des Rechnungshofes sein Aktienpaket wieder abgestoßen, dessen Verkauf ihm infolge des günstigen Kurses und des großen Interesses 75 ansehnliche Tausendmarkscheine einbrachte. Damit hatte er in kürzester Frist allein durch seine mit der Position als Aufsichtsratsvorsitzender verknüpften günstigen Startbedingungen für Spekulationen ohne besondere Anstrengungen 60.000 DM Profit schlucken können...

Auch ein an die FDP-Landtagsfraktion gerichtetes Schreiben der SPD in dem betont worden ist, daß das Vorgehen gegen Dr. Nowack im Interesse der Sauberkeit der Demokratie notwendig sei und sich nur gegen die Person des Finanzministers und nicht gegen seine Partei allgemein richten konnte die FDP nicht zu irgendwelchen Konsequenzen veranlassen. Die ungeschöne Verquickung von Geschäft und Politik zum Zwecke der (nicht geringen) persönlichen Bereicherung und die Passivität der Landesregierung veranlassen die SPD, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu fordern.

Aus Japan zurück

Eine von den Städten Frankfurt am Main, Giessen, Stadt und Landkreis Offenbach nach Japan entsandte Delegation ist kürzlich zurückgekehrt. Die Teilnehmer waren an keine Weisungen gebunden, sie wurden beauftragt, objektive Tatbestände und Zusammenhänge über die Wirkung der Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki festzustellen, sowie der Versuchsexplosionen. Besonderen Wert legte man darauf, die Widersprüche zu klären aus den bisher erschienenen Veröffentlichungen.

Medizinalrat Dr. Schmidt berichtete zunächst vor einem kleinen Zuhörerkreis über seine Eindrücke und vorläufigen Erkenntnisse der Reise und nannte sie "phantastisch und erschütternd". Obwohl er durchaus mit der medizinischen Literatur, die bisher in Europa zur Frage "Radioaktivität" erschienen sei, vertraut gewesen sei, wäre diese Reise doch sehr aufschlussreich gewesen. Es erfordere noch einige Zeit für die Teilnehmer, das Material auszuwerten, das äusserst wertvoll und in Europa noch nicht bekannt sei. Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Japan hatten es von 1945 bis 1952 verboten, die Explosionsfolgen zu untersuchen und deren Wirkung zu analysieren. "Unsere Delegation war die erste europäische Gruppe, die sich an Ort und Stelle mit den Tatsachen bekannt zu machen versuchte", sagte Medizinalrat Dr. Schmidt.

Die Japaner hätten sie äusserst wohlwollend aufgenommen und seien bemüht gewesen, ihnen alles zu zeigen und alle Informationen zu geben. Ein japanischer Universitätsprofessor aus Osaka (Atomphysiker), mit einem Monatsgehalt von 450 DM, sei der Delegation 2000 km vorausgereist, um Krankenhäuser, Institute und Privatpersonen auf den Besuch vorzubereiten. Im Gegensatz dazu habe die Haltung der Deutschen Botschaft gestanden. Obwohl das Auswärtige Amt in Bonn rechtzeitig schriftlich informiert worden war über die Reise der Frankfurter Delegation, habe Botschafter Haas erst davon aus der Zeitung erfahren.

Dr. Schmidt, der in einem Krankenhaus Einblick in die Krankengeschichte nahm und die eingelieferten radioaktiv verseuchten Patienten kennenlernte, bekannte, es sei erschütternd - vom ärztlichen, wie vom menschlichen Standpunkt aus gesehen.

Für die Mehrzahl der jungen überlebenden Mädchen (1945 als Babys und Kleinkinder in Hiroshima geboren) bestehe keine Aussicht auf einen Ehemann wegen der absoluten Gefahr, keine Kinder gebären zu können oder Mißgeburten zur Welt zu bringen. Im Umkreis von 500 m des Explosionszentrums der Bombe

7. Juli 1958

sei alles vernichtet und getötet, bis zu einem Kilometer seien nur sieben Prozent mit dem Leben davongekommen, oder tödlich geschädigt und in fünf Kilometer noch seien Bambuswälder versenkt und verbrannt worden. Der Schatten eines Mannes, der damals auf einer Steinbank gesessen habe, ist als Zeugnis der ungeheuren Hitze des Explosionsblitzes der Bombe noch heute erhalten. Die Umrisse des Mannes seien im Stein eingorannt, während er selbst restlos verschwunden ist. Jetzt erst wisse man, dass in Hiroshima über zweihunderttausend und in Nagasaki 74 000 Todesopfer zu beklagen seien. In den Krankenhäusern meldeten sich noch heute laufend neue Patienten, die erst jetzt sichtbar an der radioaktiven Strahlung erkrankt seien.

In japanischen "Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben" vereinen sich Wissenschaft, Politik und Religion. Dreiviertel aller japanischen Wähler stehen hinter diesen Rat und die japanische Regierung könne es sich nie leisten, ihre Truppen atomar zu bewaffnen; die Empörung der Wähler würde sie hinwegfegen. In dieser Frage herrscht Einigkeit zwischen Regierung und Opposition. Das erklärt die Bereitschaft, die Delegation nach Kräften zu informieren und zu unterstützen. Die Japaner erwarten und hoffen im deutschen Volk einen Partner zu finden im Kampf gegen atomare Bewaffnung und gegen weitere Versuchsexplosionen. Dr. Schmidt meinte abschliessend: "Wenn der Bundeskanzler oder Verteidigungsminister Strauss an dieser Reise teilgenommen hätten, so wären sie vielleicht etwas vorsichtiger sowohl in ihren Behauptungen als auch in ihren Massnahmen."

Ergänzend hierzu erklärte Pfarrer Dr. Berger noch: "Der japanische Schriftsteller Kagawa, der als Leiter eines christlichen Hilfswerkes weit über Japan hinaus bekannt ist, sagte mir: 'Ihr Deutschen habt das alles nicht erfahren, deshalb könnt ihr die Atomgefahr auch nicht völlig erkennen.' - Wir aber, die wir jetzt in Hiroshima und Nagasaki waren, haben etwas von diesem Grauen erfahren. Wir standen neben den Opfern. Und ich verstand die Mahnung Kagawas, es sei höchste Zeit für das Abendland, zum Neuen Testament zurückzukehren.'

Aus der Zeitschrift "Das Gewissen"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel